

Verbände: Wie geht die Entwicklung in Ostdeutschland voran?

Den Ausspruch des Schweriner Bischofs *Theodor Hubrich*: „Drei Dinge machen mir Sorgen: Drogen, Sekten und Verbände“, muß man nicht zum Nennwert nehmen, aber in dieser überspitzten Form macht er auf etwas aufmerksam, das das Zusammenwachsen von Laienkatholizismus-Ost und Verbandskatholizismus-West nach dem Ende der DDR von Anfang an belastete und bis heute noch nicht völlig behoben ist. Auf der einen Seite stehen die westdeutschen Verbände mit ihrer z. T. ins vergangene Jahrhundert zurückreichenden Tradition und ihrem hohen Organisationsgrad – auf der anderen Seite befindet sich ein Diasporakatholizismus in den neuen Bundesländern, der in der Vergangenheit notgedrungen zuallererst gemeindeorientiert war und sich nun gar nicht so sicher ist, ob er die vom Westen her angebotenen Organisationsformen und verbandlich vorgeformten Ziele für sich übernehmen soll.

Enge Grenzen wegen der geringen Katholikenzahl

Von Ausnahmen abgesehen, konnte es in der früheren DDR eine eigentliche Verbandsarbeit nicht geben. Laienarbeit überlebte allenfalls in reduzierter Form, wenn sie sich im weitesten Sinn als Seelsorge deklarierte, Bildungs- und politische Arbeit kirchlicher Verbände wurde vom kommunistischen Staat nicht geduldet. Daß diese Lage von der katholischen Kirchenführung nicht nur bedauert wurde, sondern man sich mit dieser Situation über 40 Jahre hinweg zu Lasten der Möglichkeit für Laien, Mündigkeit mit Hilfe von selbstorganisierten Verbänden einzuüben und zu praktizieren, auch ein Stück weit arrangiert hatte, gehört gleichfalls zum Erbe des DDR-Katholizismus.

Um so wichtiger waren für die DDR-Katholiken die positiven Erfahrun-

gen, die sie mit dem *Dresdner Katholikentreffen* von 1987 (vgl. HK, August 1987, 363 ff.) sowie vor allem mit der *Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung* (vgl. HK, Juni 1989, 249 ff.) machten, der die katholische Kirche der damaligen DDR als Vollmitglied angehörte. Formen eines eigentlichen Laienkatholizismus konnten sich jedoch erst bilden, als die Mauer gefallen war und die SED-Herrschaft ihrem Ende entgegen ging. Was zunächst entstand, waren nicht Verbände nach westdeutschem Vorbild, sondern Aktionsgruppen, Initiativen und Gruppierungen aller Art, die sich später zum *Gemeinsamen Aktionsausschuß katholischer Christen in der DDR* zusammenschlossen (vgl. HK, Februar 1990, 54f.) und über diesen inzwischen auch im *Zentralkomitee der deutschen Katholiken* (vgl. HK, Januar 1991, 12) vertreten sind.

Ein zentraler Einwand gegen die breite Einführung von Verbänden nach westlichem Muster in den fünf Jurisdiktionsbezirken der ehemaligen DDR ist immer wieder ein Hinweis auf die *geringe Katholikenzahl*. Wollte man versuchen, die westdeutsche Verbandsvielfalt mitzumachen, befürchtet man, die eigenen Kräfte zu zersplittern. Verbänden macht man den Vorwurf, sie zögen de facto dringend benötigte Kräfte aus den Gemeinden ab und behinderten so den weiteren Aus- und Aufbau des Gemeindelebens. Andererseits sind überproportional viele Katholiken als Mandatsträger in den Parlamenten der verschiedenen Gebietskörperschaften vertreten und arbeiten in den im Aufbau befindlichen Verwaltungen und Ministerien. Sie wären vielfach gerade auch diejenigen, die für eine anspruchsvolle Verbandsarbeit an den Nahtstellen zwischen Staat und Gesellschaft gebraucht würden. Auf Vorbehalte trifft schließlich auch

die Tatsache, daß Verbandsarbeit *nicht ökumenisch* strukturiert ist. Gerade auf den Ökumenischen Versammlungen in Dresden und Basel haben die ostdeutschen Katholiken den ökumenischen Charakter dieser Arbeit schätzen gelernt und sehen jetzt nicht ein, warum dies nicht auch weiterhin möglich sein soll.

Eine weitere Schwierigkeit im Umgang mit den Verbänden ist die Tatsache, daß vom Charakter gerade des Verbandswesens in Deutschland her ein Maß an Eigenständigkeit in der Wahrnehmung der eigenen Verantwortung und Aufgaben üblich und unverzichtbar ist, auf das sich die Kirche in den fünf neuen Bundesländern erst langsam einstellen muß. So wies der Apostolische Administrator in Magdeburg, Bischof *Leo Nowak*, nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz in einem KNA-Interview (15. 10. 91) darauf hin, die notwendige Eigenständigkeit der Verbände dürfe nicht zu einer „Verselbständigung innerhalb der Gesamtkirche führen“.

Vorbehalte gegenüber eigenverantwortlicher Verbandsarbeit

Unterdessen geht es schon längst nicht mehr um die Frage, ob die Verbände in Ostdeutschland Fuß fassen werden und sollen. Sie sind da, wenn auch in recht unterschiedlichem Umfang. Z. T. verfügen sie bereits über Arbeitsstellen auf dem Gebiet der neuen Bundesländer. Strukturen entstehen vielfach nicht in den einzelnen Jurisdiktionsbezirken, sondern für den gesamten Bereich der ehemaligen Berliner Bischofskonferenz. Z. T. wird aber mit strukturellen Festlegungen auch noch so lange gewartet, bis absehbar ist, wie die beabsichtigte Neuregelung der Bistumsgrenzen ausfallen wird. Die Mitgliedszahlen sind zumeist noch nicht groß – bei der geringen Katholikenzahl kann das aber auch kaum anders sein. Zu den größeren gehört bereits die *Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands* (kfd) mit nach eigenen Angaben

500 Mitgliedern. Vor allem dort, wo man als Verband Bildungsarbeit betreibt, bedeutet dies aber auch, daß die Wirkung über den Kreis der Mitglieder im engeren Sinn z. T. beträchtlich hinausgehen kann.

Am meisten Notiz genommen hat die Öffentlichkeit von den Schwierigkeiten westdeutscher Verbände in der ehemaligen DDR im Fall der *Jugendarbeit*, und zwar im besonderen beim Dachverband BDKJ. Im Mittelpunkt standen dabei die Auseinandersetzungen um die Entscheidung des Berliner Bischofs, Kardinal *Georg Sterzinsky*, die bisherige Verzahnung zwischen dem Bischöflichen Amt für Jugendseelsorge und dem BDKJ aufzuheben (vgl. HK, September 1991, 437 f.). Ähnlich wie im Bischöflichen Amt Schwerin, wo es bereits zur Gründung einer eigenen „Katholischen Jugend Mecklenburg“ gekommen ist, wird für Berlin die Einrichtung eines diözesanen, bischöflich anerkannten Jugendverbandes erwartet. Die Gesprächsfäden zwischen diözesanem BDKJ und der Bistumsleitung scheinen indes noch nicht vollends gerissen zu sein: Der Berliner BDKJ-Vorsitzende *Michael Vedell* war jedenfalls bemüht, einen nach der bekannten polarisierenden Masche gestrickten *Spiegel*-Artikel (Überschrift: „Methoden der Ajatollahs“; Ausgabe vom 2. 12. 91) umgehend zu dementieren. Eine einheitliche Linie in Sachen Jugendarbeit ist jedenfalls für die Jurisdiktionsbezirke der ehemaligen DDR bisher nicht erkennbar. In Magdeburg kam es inzwischen zur Gründung eines diözesanen BDKJ. Der BDKJ selbst entschloß sich bereits 1990 zu einer auf drei Jahre angesetzten Perspektivdebatte, um sich innerhalb dieses Zeitraums intensiv um Kontakte zu bemühen und über die eigenen Anliegen und Aufgaben zu informieren. Von den Mitgliedsverbänden des BDKJ sind vor allem die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG), die Katholische Junge Gemeinde (KJG) und die Landjugendbewegung (KLJB) tätig geworden. Die Jugendverbandsarbeit wird z. T. auch dadurch erschwert, daß die Jugendlichen auf dem Hintergrund der früheren Zwangsmitgliedschaft im

staatlich gelenkten Jugendverband der sogenannten „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) jeder verbandlichen Arbeit reserviert gegenüberstehen.

Große Möglichkeiten bei Bildung und sozialen Diensten

Die Auseinandersetzungen um die Neugründungen von diözesanen Jugendverbänden und die Trennung gegenüber der kirchenamtlichen Jugendseelsorge ganz und gar nach den Gesichtspunkten zu beurteilen, die bei auf den ersten Blick ähnlichen Auseinandersetzungen in Westdeutschland eine Rolle spielen, scheint indes voreilig. Die Journalistenfrage, ob die Sorge berechtigt sei, verbandliche Jugendarbeit solle in der Kirche zurückgedrängt werden zugunsten einer mehr oder weniger unpolitischen, angepaßten Bischofsjugend, verneinte der bisherige Vorsitzende der Unterkommission Jugend der Deutschen Bischofskonferenz, der Limburger Bischof *Franz Kamphaus*, in einem KNA-Interview (2. 10. 91): „Wenn diese Sorge tatsächlich berechtigt wäre, dann hätten die Bischöfe nicht Bischof Nowak zum Vorsitzenden der neuen Jugendkommission gewählt. Er fördert die Verbandsarbeit in seinem Magdeburger Gebiet nach Kräften.“ Und Bischof *Leo Nowak* bejahte denn auch seinerseits ausdrücklich in dem bereits genannten Interview die Aufgaben der Verbände: „Katholische Christen können sich dadurch in der Gesellschaft und Öffentlichkeit äußern und zu wichtigen Fragen Stellung beziehen. Auch sind Verbände aufgerufen, sich für bestimmte Anforderungen im Sozial- und Bildungsbereich einzusetzen. Verbände können meiner Meinung nach das Instrumentarium von Gesetzen und Bestimmungen, aber auch das der Medien besser nutzen.“

Die größte Bedeutung kommt den Verbänden denn auch momentan dort zu, wo sie schon von ihrer thematischen Ausrichtung her dazu geeignet sind, auf den verschiedenen Gebieten von Bildung, Sozialem und Wirtschaft

dringend benötigte Informationen, Bildungsabschlüsse, Fort- und Weiterbildung anbieten zu können. So gründete das Gemeinnützige Sozialwerk der KAB Westdeutschlands am 1. Oktober 1991 in einem ehemaligen Kali-Werk in Thüringen ein Bildungszentrum, in dem für rund 90 benachteiligte und lernbehinderte Jugendliche Ausbildungsmaßnahmen stattfinden. In Brandenburg und Berlin sollen elf sogenannte „Bürgerbüros“ der KAB entstehen, in denen Informationen und Hilfestellungen im Umgang mit Behörden zur Verfügung gestellt werden. Jugendverbände, wie die CAJ und die Katholische Landjugendbewegung, engagieren sich auf dem Gebiet der Bildungsarbeit, vor allem der Mädchenbildung.

Gewisse Startvorteile besaß das *Kolpingwerk* insofern, als dieser Verband auch bereits vor der Wende in der ehemaligen DDR vertreten war. In Magdeburg, Wittenberg und Genthin sollen demnächst berufsbildende Einrichtungen des Kolping-Bildungswerks entstehen (vgl. Tag des Herrn, Leipzig, 8. 9. 91). Eine gemeinnützige Gesellschaft des Kolpingwerkes für Mecklenburg-Vorpommern startete im letzten Herbst ein Projekt der Jugendsozialarbeit. Prominente Mitglieder der Kolpingbewegung sind die Landtagspräsidenten von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, *Erich Illgen* und *Rainer Prachtl*. Zusammen mit dem *Bund Katholischer Unternehmer* (BKU), der gleichfalls bereits auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vertreten ist, sprachen sich Kolpingwerk und die KAB im November bei einer gemeinsamen Tagung in Berlin dafür aus, „Kämpfer gegen die Auswüchse der Marktwirtschaft“ sein zu wollen. Zugleich distanzieren sie sich von jeder Form von „Klassenkampfdenken der Tarifpartner“.

Die Lage der Verbände in den ostdeutschen Jurisdiktionsbezirken wird sich – wenn der Eindruck nicht täuscht – auf die Dauer entspannen, manche überzogenen Befürchtungen auf der einen Seite und übereilte Hoffnungen auf der anderen Seite haben bereits an Bedeutung eingebüßt. Weiter abbauen werden sich die Vor-

behalte bei den ostdeutschen Katholiken, wenn sie selbst erfahren, welche Möglichkeiten die Verbände im Bereich von Weiterbildung und (sozial-)politischem Engagement durchaus bieten können, aber auch vor allem in dem Maße, wie die Verbände selbst nicht den ostdeutschen Katholiken das Gefühl geben, das Rad müsse gewissermaßen mit ihnen neu erfunden werden.

Andererseits – und das ist längst absehbar –, die Bäume der Verbände werden auch in Ostdeutschland nicht in den Himmel wachsen. Beim Aufbau des Verbandswesens wird man dort auf ähnliche Schwierigkeiten stoßen, wie sie seit langem in der

„alten“ Bundesrepublik bestehen. Es wäre eine Illusion zu glauben, das Verbandswesen ließe sich über den Umweg Ostdeutschland wiederbeleben. Das Verbandswesen steht gegenwärtig im ganzen deutschsprachigen Raum und darüber hinaus vor Weichenstellungen und Veränderungen, die im Optimismus der sich im Osten Deutschlands neu ergebenden Möglichkeiten vielleicht hier und da vergessen wurden (vgl. zu der Diskussion den Studientag der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 1988; Wortlaut der Texte in: Arbeitshilfen des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz, Heft 61; vgl. HK, November 1988, 540).

K. N.

nend, die wirklichen Übel und deren menschliche und gesellschaftliche Wurzeln beim Namen nannte. Das Echo darauf war entsprechend nachhaltig, aber weit weniger heftig als auf die Rede des Konferenzvorsitzenden.

Im Verhältnis am ruhigsten blieb es nach der Veröffentlichung der *Botschaft zum Tag für das Leben*, wengleich der Ständige Rat sich hier mit ungewöhnlicher Schärfe zu Wort meldete (vgl. den Wortlaut im „Osservatore Romano“, 16. 11. 91) und den Respekt vor dem Leben und dessen gesetzlichen Schutz zur Grundlage des Friedens und einer auf Solidarität beruhenden gesellschaftlichen Ordnung schlechthin erklärte.

Zwar gab es angesichts der Präzision der Botschaft, die sich auf alle Formen der Gefährdungen menschlichen Lebens, von der Euthanasie über die Drogentoten bis zu Kindesmißhandlungen in den Führungen bezog – sie alle seien „Anschläge“ auf das Leben –, auch dazu polemische Töne. Zum Beispiel wurde in einem Artikel im „Corriere della Sera“ (15. 11. 91) den Bischöfen unterstellt, sie setzten Abtreibungsbefürworter („abortisti“) mit Mafiosi gleich. Auch fehlte nicht der hämische Hinweis auf Umfrageergebnisse, nach denen nur noch 1,6 Prozent der italienischen Katholiken die Befolgung bischöflicher Weisungen für wichtig halten. Doch im Verhältnis zum Sturm, den der Konferenzvorsitzende mit seiner Forderung nach der politischen Einheit der Katholiken auslöste, waren das linde Lüftchen.

Der Kardinal hatte sich in seiner Rede vor dem Ständigen Rat ausdrücklich gegen das zum Teil von hoher Warte, u. a. von Staatspräsident *Cossiga* und auch von prominenten katholischen Intellektuellen verwendete Argument gewandt, die *politische Einheit der Katholiken* habe in Zeiten kommunistischer Gefahr ihre Notwendigkeit, jedenfalls ihre Berechtigung gehabt, werde aber jetzt nach dem Umbruch in der Sowjetunion und dessen Auswirkungen auch auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse in Italien weit weniger wichtig (vgl. *Corriere della Sera*, 24. 9. 91).

Italien: Die Bischöfe und die politische Krise des Landes

Gleich dreimal erregten die italienischen Bischöfe im Spätjahr 1991 öffentliches Aufsehen. Sie schreckten damit vor allem die politische Klasse des Landes auf. Das erste Mal Ende September anlässlich der Herbstsitzung des Ständigen Rates der Bischofskonferenz, das zweite Mal mit einer vom 4. Oktober datierten, aber erst im November veröffentlichten „nota pastorale“, einem Mahnschreiben mit dem Titel „Zur Gesetzestreue erziehen“ (*educare alla legalità*) (vgl. *il regno-documentazione*, 1. 12. 91), das dritte Mal wenige Tage später durch eine im voraus veröffentlichte „Botschaft“ zum 14. „Tag des Lebens“ am 1. Sonntag im Februar 1992.

Genau genommen handelte es sich in keinem der drei Fälle um Stellungnahmen des Gesamtepiskopats. Der Vorgang im September bezog sich auf eine Ansprache des erst im März 1991 vom Papst neuernannten Vorsitzenden der italienischen Bischofskonferenz und Kardinalvikars der Diözese Rom, Kardinal *Camillo Ruini*. Verantwortlich für die Pastoralnote vom 4. Oktober zeichnete die bischöfliche Kommission *Justitia et Pax*, an deren Spitze

zwar ein Bischof, der Bischof von Pavia, *Giovanni Volta*, steht, der aber wie den *Justitia et Pax*-Kommissionen in anderen Ländern auch anerkannte Fachleute, mehrheitlich Laien, angehören. Nur im dritten Fall, bei der Botschaft zum Tag für das Leben, handelt es sich um ein Dokument des Ständigen Rates als Leitungsorgan der Konferenz, damit um ein Papier im Namen der Gesamtkonferenz, wenn auch nicht von der Vollversammlung des Episkopats verabschiedet.

Ein scharfes Hirtenwort zum Schutz des Lebens

Am meisten politischen Lärm verursachte Kardinal Ruini mit seinen Ausführungen auf der Herbstsitzung des Ständigen Rates über die „politische Einheit der italienischen Katholiken“. Viel brisanter indessen war die Pastoralnote der *Justitia et Pax*-Kommission, weil damit zum ersten Mal ein kirchenamtliches Gremium zu einer Generalkritik an den politischen und gesellschaftlichen Zuständen des Landes ansetzte und, weder die Bürger noch deren politische Vertreter scho-